

Kratauer Zeitung.

Nr. 241.

Freitag, den 21. October

1859.

Die „Kratauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementenpreis: für Kratau 4 fl. 20 Nr., mit Versendung 5 fl. 25 Nr. — Die einzelne Nummer wird in 9 Nr. bzw. dnet. — Insertionsgebühr für den Raum einer vierseitigen Petzelle für die erste Einrückung III. Jahrgang. 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ kr.; Stempelgebühr für jede Einrückung 20 Nr. — Insertate, Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kratauer Zeitung.“ Zusendungen werden kranko erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den Walter Nugent of Ballyburred Castle aus dem Hause der Irlandischen Barone v. Delvin in den Freiherrenstand des Österreichischen Kaiserreiches allernächst zu erheben geruht.

Der Justizminister hat den Wahl des Kreisgerichtes in Jungbunzlau, Ignaz Jenikowski, über sein Ansuchen zu dem Kreisgericht in Dieln überzeugt.

Der Justizminister hat dem Komitatsgerichtsrath in Trenchin, Samuel Gyurkowitz, auf sein Ansuchen die Übersetzung zu dem Komitatsgerichte in Neusohl zu bewilligen und die drei bei dem Komitatsgerichte zu Trenchin erledigte Komitatsgerichtsrathstellen definitiv extra statum, dem Rathsfreiter des Preßburger Oberlandesgerichtes, Alexander von Thurzóczy, dem Rathsfreiter des Adjunkten basel, Franz Marvati und dem Substitutamt-Adjunkten zu Neuhäusel, Julius von Koller, verliehen.

Der Justizminister hat die bei dem Komitatsgerichte zu Balassagyarmat erledigte Komitatsgerichtsraths-Stelle definitiv extra statum, den Staatsanwalts-Substituten bei demselben Komitatsgerichte, Emrich Tribitsch, verliehen.

Der Justizminister hat den Gerichts-Adjunkten in Steyr, Carl Neuber, zum Rathsfreiter bei dem Landesgerichte zu Linz ernannt.

Der Justizminister hat den Bezirksamts-Aktuar, Anselm Werner, zum provisorischen Gerichts-Adjunkten des Kreisgerichtes in Eger ernannt.

Der Justizminister hat die bei dem Wiener Gerichts-Depositen erledigte Verwahrsstelle dem Meijor desselben Depositenamtes, Jakob Herrmann, verliehen.

Der Justizminister hat eine am katholischen Gymnasium zu Prag erledigte Lehrstelle dem Gymnasiallehrer zu Tarnow, Franz Pandura, verliehen.

zufolge ist in dem Zürcher Friedensvertrag das Prinzip der Nictannexion positiv ausgesprochen. Doch

scheine dieser Vorbehalt in seiner ganzen Bestimmtheit zunächst nur auf Toscana ausgedehnt zu sein, während in Bezug auf Modena und Parma eine Transaction angebahnt scheine, deren Details er noch nicht genau kenne, um sie als Thatsache hinzufüllen. Man spreche namentlich sehr viel von Piacenza, von dem einige behaupten, daß es eine Bundesfestung mit rein sardinischer Besatzung werden soll, während andere

gesforderte Summe beträgt 60, nach der „AUS.“ achtzig Millionen Franken.

Nach dem „Corriere mercantile“ handelt es sich um die Zustimmung zur Regentschaft des Prinzen Carignan, nach anderen Blättern

lediglich um die lombardische Schulfrage.

Nach pariser Berichten ist am 16. d. eine Deputation der revolutionären Regierungen in Mittelitalien vom Kaiser empfangen worden. Auch Patrini, der französische Consular-Agent in Parma und der Florentiner Dictator Micasoli werden in Paris erwartet. Die Mitglieder der Deputation Parma war durch die Herren Torrigiani, Cantelli und Anguissola, Toscana durch die Herren Lajatico, Peruzzi und Matteucci vertreten) sollen sehr befriedigt von dem Empfang gewesen sein, der ihnen von Seiten des Kaisers zu Theil geworden ist; doch glaubt man, daß sie nichts als die allgemeine Sicherung erhalten haben, die Politik Frankreichs werde den Interessen und den Wünschen Italiens nach wie vor die theilnehmendste Fürsorge zuwenden.

Das „Pays“ theilt unterm 19. d. mit, der Kaiser habe von den mittel-italienischen Deputationen

nur die Toscanische, Parmesanische und Modenesische,

nicht aber auch die Romagnesische empfangen.

Die „Indep. belge“ die bisher die italienische Revolution mit Wohlwollen begleitet hat, erklärt heute plötzlich wie folgt: „Die Briefe, welche wir heute aus Italien erhalten, bestätigen, daß die Lage der Dinge dort ganz außerordentlich schwierig ist, wenn auch die Oberfläche ruhig erscheint. In Parma fürchtet man stürmische und furchtbare Aufstände, für den Fall, daß der Dictator Farini die Mörder des Obersten Anvilli mit dem Tode bestrafen sollte. In den Legationen sind die Behörden genötigt, die größte Aufmerksamkeit auf die Massonistischen Umtriebe zu richten und das revolutionäre Element vom Eindringen in die Armee abzuhalten u. s. w.“ Da gehen also ein Mal wieder ein paar liberale Augen auf über den nothwendigen Verlauf solcher revolutionärer Bewegungen. Die „Pays“ hofft, daß, da der liberale Leithammel in Brüssel den Sack über den Graben gewagt hat, der Irthum von Wahrheit trennt, die Heerde der Deutschen liberalen Blätter bald genug nachhüpft wird. Hopp, Kölnische, hopp!

Nach der „Fr. Ptzg.“ hat sich die preussische Regierung der Anschauung Österreichs über die Restaurationsfrage rückhaltslos angeschlossen. Diesen Blatte zufolge wären in Wien Depeschen aus Berlin eingetroffen, aus welchen hervorgeht, „daß Preußen hinsichtlich des legitimen Rechtes der italienischen Fürsten die von Österreich vertretene Politik vollkommen gegeben, daß dieselben Rechte, welche dort lediglich auf Ungarn im engeren Sinne beschränkt blieben, hier gleichzeitig auf Kroatien, Slavonien, die Serbische Wojwodschaft, das Temeser Banat und die Militär-grenze ausgedehnt werden. Und darum fährt das Blatt fort — können wir nur glauben, die Ungarischen Protestanten werden diese kaiserliche Gnadengabe — sondern Rechtsbewilligung frisch und

richten aus Paris der Congres neuen Schwierigkeiten begegnet.

Die Reise des Generals Dabormida nach Paris ist nach der „AUS.“ und „AUS.“ lediglich hervorgerufen durch die Entschädigung, welche Frankreich von Piemont (nicht für seine eigenen Kriegskosten, sondern für Lieferungen, die dem sardinischen Heere gemacht worden sind, theils an Armebedürfnissen, theils an Vorschüssen in baarem Gelde) beansprucht. Die hierfür

gesforderte Summe beträgt 60, nach der „AUS.“ achtzig Millionen Franken.

Nach dem „Corriere mercantile“ handelt es sich um die Zustimmung zur Regentschaft des Prinzen Carignan, nach anderen Blättern

lediglich um die lombardische Schulfrage.

Nach pariser Berichten ist am 16. d. eine Deputation der revolutionären Regierungen in Mittelitalien vom Kaiser empfangen worden. Auch Patrini, der französische Consular-Agent in Parma und der Florentiner Dictator Micasoli werden in Paris erwartet. Die Mitglieder der Deputation Parma war durch die Herren Torrigiani, Cantelli und Anguissola, Toscana durch die Herren Lajatico, Peruzzi und Matteucci vertreten) sollen sehr befriedigt von dem Empfang gewesen sein, der ihnen von Seiten des Kaisers zu Theil geworden ist; doch glaubt man, daß sie nichts als die allgemeine Sicherung erhalten haben, die Politik Frankreichs werde den Interessen und den Wünschen Italiens nach wie vor die theilnehmendste Fürsorge zuwenden.

Das „Pays“ theilt unterm 19. d. mit, der Kaiser habe von den mittel-italienischen Deputationen

nur die Toscanische, Parmesanische und Modenesische,

nicht aber auch die Romagnesische empfangen.

Die „Indep. belge“ die bisher die italienische Revolution mit Wohlwollen begleitet hat, erklärt heute plötzlich wie folgt: „Die Briefe, welche wir heute aus Italien erhalten, bestätigen, daß die Lage der Dinge dort ganz außerordentlich schwierig ist, wenn auch die Oberfläche ruhig erscheint. In Parma fürchtet man stürmische und furchtbare Aufstände, für den Fall, daß der Dictator Farini die Mörder des Obersten Anvilli mit dem Tode bestrafen sollte. In den Legationen sind die Behörden genötigt, die größte Aufmerksamkeit auf die Massonistischen Umtriebe zu richten und das revolutionäre Element vom Eindringen in die Armee abzuhalten u. s. w.“ Da gehen also ein Mal wieder ein paar liberale Augen auf über den nothwendigen Verlauf solcher revolutionärer Bewegungen. Die „Pays“ hofft, daß, da der liberale Leithammel in Brüssel den Sack über den Graben gewagt hat, der Irthum von Wahrheit trennt, die Heerde der Deutschen liberalen Blätter bald genug nachhüpft wird. Hopp, Kölnische, hopp!

Nach der „Fr. Ptzg.“ hat sich die preussische Regierung der Anschauung Österreichs über die Restaurationsfrage rückhaltslos angeschlossen. Diesen Blatte zufolge wären in Wien Depeschen aus Berlin eingetroffen, aus welchen hervorgeht, „daß Preußen hinsichtlich des legitimen Rechtes der italienischen Fürsten die von Österreich vertretene Politik vollkommen gegeben, daß dieselben Rechte, welche dort lediglich auf Ungarn im engeren Sinne beschränkt blieben, hier gleichzeitig auf Kroatien, Slavonien, die Serbische Wojwodschaft, das Temeser Banat und die Militär-grenze ausgedehnt werden. Und darum fährt das Blatt fort — können wir nur glauben, die Ungarischen Protestanten werden diese kaiserliche Gnadengabe — sondern Rechtsbewilligung frisch und

richten aus Paris der Congres neuen Schwierigkeiten begegnet.

Die Warschauer Blätter bringen die Beschreibung der ersten zwei Tage der Unmessbarkeit des Kaisers Alexander in Warschau d. h. des 17. und 18. d. Monats enthaltend lediglich Berichte über die Empfangsfeierlichkeiten. Se. Majestät der Kaiser von Russland wird, wie uns aus Warschau gemeldet wird, nach den neuesten Bestimmungen erst am 23. d. Mts. in Breslau eintreffen.

Einem Berliner Briefe der „Pr. d.“ zufolge stehen bei der in Breslau stattfindenden Zusammenkunft des Prinz-Regenten mit dem Kaiser Alexander umfassende Verhandlungen zu erwarten. Es handelt sich dabei zwischen Preußen und Russland um einen förmlichen Bündnisabschluß zur Sicherung der beiderseitigen Rechte und Interessen im Falle neuer Verwicklungen.

Die in Berlin erscheinende „Protestantische Kirchen-Zeitung für das evangelische Deutschland“ läßt sich in Nr. 40 vom 1. d. M. über die Kirchenordnung für die Evangelischen in Ungarn u. folgendermaßen vernehmen: „Die neue Ungarische Kirchenverfassung, wie sie in dem Kaiserlichen Patent vom 1. September dieses Jahres und in der hinzugefügten Verordnung des Kultus-Ministeriums vom 2. September gegeben ist, können wir aufrichtig als eine gute Gabe und als einen redlichen Fortschritt begrüßen. Im Großen und Ganzen können wir zu dieser neuen Ordnung nur unsere aufrichtige Zustimmung erklären und sind der Meinung, wenn diese neue Ordnung wirklich in Wirklichkeit tritt, dann besitzen die Evangelischen in Ungarn eine Kirchenverfassung von so evangelischer Beschaffenheit, wie außer den Schotten und Holländern keine evangelische Landeskirche in Europa sich einer solchen zu erfreuen hat. Und sollten sie und da in den einzelnen Bestimmungen Unangemessenheiten sich vorfinden, so ist der ganze Entwurf von der Regierung selbst als ein provisorischer bezeichnet und den gesetzgebenden Synoden zur Berichtigung und Besserung überwiesen. Die Evangelischen beider Bekenntnisse in Ungarn empfangen in dieser Ordnung endlich was ihnen der 26. Artikel des Reichsgesetzes von 1791 als ihr durch die Wiener und Linzer Friedensschlüsse verbürgtes Recht zuerkannt und was das Gesetz von 1844 in einigen wesentlichen Punkten ergänzt und erweitert hat. Wir erblicken hier wirklich einen Anschluß an das altherkömmliche Recht, während wir in dem vor etlichen Jahren gebotenen Entwurf vielmehr eine Verdeckung ja theilweise eine Beseitigung desselben erkennen müssen. Und in dieser Rechtsordnung sind nicht nur die alten Härten des Gesetzes von 1791 zum Theile beseitigt, sondern auch der wesentliche Fortschritt

gegeben, daß dieselben Rechte, welche dort lediglich auf Ungarn im engeren Sinne beschränkt blieben, hier gleichzeitig auf Kroatien, Slavonien, die Serbische Wojwodschaft, das Temeser Banat und die Militär-grenze ausgedehnt werden. Und darum fährt das Blatt fort — können wir nur glauben, die Ungarischen Protestanten werden diese kaiserliche Gnadengabe — sondern Rechtsbewilligung frisch und

richten aus Paris der Congres neuen Schwierigkeiten begegnet.

Die Warschauer Blätter bringen die Beschreibung der ersten zwei Tage der Unmessbarkeit des Kaisers Alexander in Warschau d. h. des 17. und 18. d. Monats enthaltend lediglich Berichte über die Empfangsfeierlichkeiten. Se. Majestät der Kaiser von Russland wird, wie uns aus Warschau gemeldet wird, nach den neuesten Bestimmungen erst am 23. d. Mts. in Breslau eintreffen.

Einem Berliner Briefe der „Pr. d.“ zufolge stehen bei der in Breslau stattfindenden Zusammenkunft des Prinz-Regenten mit dem Kaiser Alexander umfassende Verhandlungen zu erwarten. Es handelt sich dabei zwischen Preußen und Russland um einen förmlichen Bündnisabschluß zur Sicherung der beiderseitigen Rechte und Interessen im Falle neuer Verwicklungen.

Die in Berlin erscheinende „Protestantische Kirchen-Zeitung für das evangelische Deutschland“ läßt sich in Nr. 40 vom 1. d. M. über die Kirchenordnung für die Evangelischen in Ungarn u. folgendermaßen vernehmen: „Die neue Ungarische Kirchenverfassung, wie sie in dem Kaiserlichen Patent vom 1. September dieses Jahres und in der hinzugefügten Verordnung des Kultus-Ministeriums vom 2. September gegeben ist, können wir aufrichtig als eine gute Gabe und als einen redlichen Fortschritt begrüßen. Im Großen und Ganzen können wir zu dieser neuen Ordnung nur unsere aufrichtige Zustimmung erklären und sind der Meinung, wenn diese neue Ordnung wirklich in Wirklichkeit tritt, dann besitzen die Evangelischen in Ungarn eine Kirchenverfassung von so evangelischer Beschaffenheit, wie außer den Schotten und Holländern keine evangelische Landeskirche in Europa sich einer solchen zu erfreuen hat. Und sollten sie und da in den einzelnen Bestimmungen Unangemessenheiten sich vorfinden, so ist der ganze Entwurf von der Regierung selbst als ein provisorischer bezeichnet und den gesetzgebenden Synoden zur Berichtigung und Besserung überwiesen. Die Evangelischen beider Bekenntnisse in Ungarn empfangen in dieser Ordnung endlich was ihnen der 26. Artikel des Reichsgesetzes von 1791 als ihr durch die Wiener und Linzer Friedensschlüsse verbürgtes Recht zuerkannt und was das Gesetz von 1844 in einigen wesentlichen Punkten ergänzt und erweitert hat. Wir erblicken hier wirklich einen Anschluß an das altherkömmliche Recht, während wir in dem vor etlichen Jahren gebotenen Entwurf vielmehr eine Verdeckung ja theilweise eine Beseitigung desselben erkennen müssen. Und in dieser Rechtsordnung sind nicht nur die alten Härten des Gesetzes von 1791 zum Theile beseitigt, sondern auch der wesentliche Fortschritt

Nichtamtlicher Theil.

Kratau, 21. October.

Die Abreise der Zürcher Conferenz-Mitglieder (nach Bern) ist auf den künftigen Sonnabend (den 22.) festgesetzt, an welchem Tage die Bevollmächtigten Bürich verlassen werden, weil in Folge der (am 19. d. erfolgten) Unterzeichnung des Friedensvertrages die Conferenz geschlossen ist. Am 18. Abend hat wiederum eine zweitägige Conferenz der österreichischen und französischen Abgeordneten stattgefunden. Die Abgeordneten beider Länder werden zur Auswechslung der Vertrags-Documente in drei Wochen in Bürich zusammentreffen. Der Vertreter Piemonts war bei der Unterzeichnung des Vertrages nicht anwesend. Ueber die Stellung Sardinien bleibt man bis auf Weiteres noch immer im Unklaren. Die Schwierigkeiten, welche sich an der Regelung der lombardischen Schulfrage knüpfen, scheinen jedenfalls gehoben zu sein, und zwar, wie es heißt, ohne Anrufung des schiedsrichterlichen Spruches einer, bei den zürcher Conferenzen nicht beteiligten Macht.

Dem Pariser Correspondenten der „Ostd. Post“ zufolge ist die Schuldenfrage durch den schiedsrichterlichen Spruch des Kaisers Napoleon dahin entschieden, daß Sardinien 100 Millionen Gulden zahlt, unter welcher Summe jedoch der lombardische Monte bereits inbegriffen ist. Österreich hatte bereits seine Forderung auf 150 Millionen ermäßigt. Demselben Cor-

respondenten der Kaiser Napoleon bestimmte dem Lande Baden beträchtliche Vergütungen, zugleich dem Erbprinzen Karl, dem Sohne der Markgräfin, die Hand der Stephanie von Beauharnais, eine Nichte der Kaiserin Josephine. An Ebenbürtigkeit im alten Sinne war hier nicht zu denken, und das altfürstliche Blut der Markgräfin empörte sich gegen solche Missbehandlung. Sie hatte den Mut, dem gewaltigen Kaiser gegenüber ihre mütterliche Zustimmung zu der Heirath zu versagen, und ertheilte sie erst, als der Kaiser, dem solche Vorurtheile nicht ganz mißfielen, nachgiebig einwilligte, die Nichte seines Gattin vorher als Tochter anzunehmen, sie zur Kaiserlichen Hoheit und fille de France zu erklären. Durch dieses Zauberwort wurde der Trost gebrochen, die Heirath kam zu Stande. Die Markgräfin, aber hatte nur sich gefügt, und die Sache blieb ihr dennoch verhaft. Die jugendlich schöne, liebenswürdige Prinzessin, die durch ihr Erscheinen alle Herzen gewann, konnte den harten Sinn der Schwiegermutter nicht erweichen; diese sah in ihr nur die aufgedrengene, die unerrechtigte Fremde, durch die das reine Haus Bähringen besleckt werde. Sie wußte auch ihren Sohn durch ihre eindringlichen Reden, so zu überreden, daß er seine Gemalin mit größter Kälte behandelte und lange Zeit mit ihr ohne nähere Gemeinschaft blieb. Die in Schönheit und Anmut strahlende junge Fürstin nahm ihr Los unbefangen hin; sie ahndete nicht, daß man sie kränken, sie demütigen

wollte, noch weniger, daß man ihrer Jugend, während ihr Gemal sie ganz vernachlässigte, gesellschaftlich Fallstricke legte, um sie bei dem kleinsten Schatten, der auf ihr Benehmen fiel, mit dem Scheine des Rechtes bestig anklagen zu können. Ihrer Unschuld und Zuwendung aber durfte keine Persiflage nahegebracht werden. Ihr Gemal mußte wohl endlich ihren Werth erkennen, und konnte nun auch nicht länger unempfindlich bleiben; die Ehe wurde, jetzt erst eine wirkliche, und bald auch mit Kindern gesegnet. Als die Waffen der Verbündeten im Jahre 1813 die Macht Napoleons gebrochen und im folgenden Jahre ihn selbst gestürzt hatten, flammte der Stolz und Widerwillen der Markgräfin nochmals auf; sie erachtete den Zeitpunkt günstig, mit der Herrschaft Napoleons auch die napoleonische Schwiegertochter und ihren Sohn, deren Schimmer als Kaiserliche Hoheit und fille de France ohnmächtig mit dem Kaiser erloschen sein sollte. Die Markgräfin gewann ihre Tochter, die eben zum Besuch anwesende Kaiserin von Russland, leicht für ihren Vorfall, und beide vereint bemühten sich mit allem Eifer, ihren Bruder zu überzeugen, daß er seine Gemalin mit größter Kälte behandeln und lange Zeit mit ihr ohne nähere Gemeinschaft blieb. Die in Schönheit und Anmut strahlende junge Fürstin nahm ihr Los unbefangen hin; sie ahndete nicht, daß man sie kränken, sie demütigen

frößt ergreifen und in Wirksamkeit setzen. Denn sie erhielten darin angemessene repräsentative Organe, durch welche sie das Leben ihrer evangelischen Kirche auf eine wissame Weise ausbauen und durch welche sie, wenn sie weise benützen und mit Ungarischer Erzbähigkeit festhalten, allmälig alles zu erlangen vermögen, was für eine evangelische Kirche von wesentlicher Bedeutung ist." Schließlich stellt das Blatt eine Vergleichung an zwischen der den Ungarischen Protestanten zu Theil gewordenen wahrhaft evangelischen Organisation ihrer Kirche und der selbstständigen Verwaltung derselben in weitem Umfange und der evangelischen Landeskirche in Preußen, die durchaus nicht zu Gunsten dieser letzten ausfällt.

Die Grundzüge des Badischen Concordats.

Die Mittheilungen, welche kürzlich von einem ober-

rheinischen Blatt in Betreff des zwischen der badischen Regierung und dem päpstlichen Stuhl abgeschlossenen Concordats gemacht worden, sind zwar der Hauptsache nach richtig, in einzelnen Punkten jedoch nicht völlig genau.

Was zunächst die Besetzung des erzbischöflichen Stuhls in Freiburg, der Canonicate und Dompräbenden anbelangt, so wird es, wie wir der "A. A. B." entnehmen, bei dem bisherigen, mit dem päpstlichen Stuhl seiner Zeit vereinbarten Versafren sein Verbleiben haben. Der Erzbischof wird vor Übernahme seines Amtes den Eid der Treue nach einer in dem Concordat vorgeschriebenen Formel vor dem Großherzog ablegen. Er hat das Recht der Verleihung aller Pfründen, mit Ausnahme jener, welche einem rechtmäßig erworbenen Patronatsrecht unterliegen; dem landesherrlichen Patronatsrecht des Großherzogs unterstehen deren 386, wogegen der freien Collatur des Erzbischofs 209 Pfründen anheimfallen. In Streitfällen über landesherrliche Patronate wird man seitens der großherzoglichen Regierung den heiligen Stuhl um Regelung der freitigen Frage angehen. Dem Erzbischof steht ferner das Recht zu seinen Generalvikarien und die außerordentlichen Mitglieder des Ordinariats zu wählen und zu ernennen, sowie die Landdekanen zu bestätigen. Von Seiten des päpstlichen Stuhls wird man dem Erzbischof bedeuten, zu jenen Ämtern niemanden zu wählen, welcher der großherzoglichen Regierung in bürgerlicher und politischer Hinsicht mißliebig ist. Ein Gleches soll bezüglich der Vorsteher und Lehrer des Seminars, des Directors und der Repetenten des zu errichtenden theologischen Convictus und der ökonomischen Beamten beobachtet werden, wiewohl dem Erzbischof deren völlig freie Ernennung zusteht, und er diese der großherzoglichen Regierung lediglich zur Kenntnisnahme anzuzeigen hat. Der Erzbischof hat das Recht, religiöse Orden oder Congregationen beiderlei Geschlechts, die vom heiligen Stuhl genehmigt sind, in seiner Diözese einzuführen, soll sich jedoch in jedem einzeln Fall mit der großherzoglichen Regierung in's Einvernehmen setzen, welche ihrerseits in Anerkennung „wie erspriechlich religiöse Genossenschaften für das Seelenheil der Gläubigen wirken können, der Einführung solcher und der Gründung von Klöstern“ sich ohne gegründete Ursache nicht widersehen wird."

Über alle kirchlichen Rechtsfälle, somit auch über Ehesachen, erkennt der zu constituirende erzbischöfliche Gerichtshof nach Vorschrift der Kirchengesetze und den Bestimmungen des Tridentinischen Concils; für die zweite Instanz ist der Bischof von Rottenburg, für die dritte der erzbischöfliche Stuhl von Köln delegirt. Das Urteil über die bürgerlichen Wirkungen der Ehe, sowie über die zu den Laienpatronaten in Bezug stehenden civilrechtlichen Ansprüche und Lasten und über die Succession in solche Patronate bleibt dem weltlichen Gericht überlassen. Dagegen gibt der päpstliche Stuhl mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse seine Zustimmung dazu, daß weltliche Rechtsachen der Geistlichen und Streitigkeiten über civilrechtliche Lasten der Kirchen und Pfründen, über Zehnten und Kirchenbaulast von dem weltlichen Gericht verhandelt und entschieden werden, sowie daß Geistliche wegen Vergehen und Verbrechen, welche gegen die Strafgesetze des Großherzogs verstossen, vor das weltliche Gericht gestellt werden. Indessen wird man in solchen Fällen seitens der großherzoglichen Behörden alle Rücksichten enthalten lassen, welche die dem geistlichen Stand gebührende Achtung erfordert. Straferkenntnisse des erzbischöflichen Gerichtshofs gegen Geistliche, die auf Suspension oder

Privation vom Amt, auf längere Freiheitsstrafe in einer hierzu bestimmten Anstalt oder auf größere Geldbußen lauten, sind der großherzoglichen Regierung einfach zur Kenntnisnahme mitzuteilen. Angemessene Aufklärungen sind ihr alsdann zu ertheilen, wenn zur Vollziehung kirchlicher Straferkenntnisse die Mitwirkung der weltlichen Gewalt verlangt wird. Gegen Laien, welche sich Uebertretungen kirchlicher Sanktionen zu Schulden kommen lassen, kann der Erzbischof die kirchlichen Censuren in Anwendung bringen. Der Verfehr des Erzbischofs, des Clerus und des Volkes mit dem päpstlichen Stuhl, sowie des Erzbischofs mit dem Clerus und dem Volk in kirchlichen Angelegenheiten ist frei; somit können erzbischöfliche Belehrungen und Erlasse, sowie solche des päpstlichen Stuhls und Actenstücke der Diözesansynode und des Provincialconcilis die von kirchlichen Angelegenheiten handeln, ohne vorgängige Einsicht und Genehmigung der großherzoglichen Regierung veröffentlicht werden. (Schluß folgt.)

Österreichische Monarchie.

Wien, 20. October. Der Rückkehr Sr. k. k. H. Herr des Generalgouverneurs Erzherzog Albrecht wird spätestens nächsten Montag entgegen gesehen.

Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben zur Herstellung der Glocken und Thurmuhren, welche durch den Brand am 15. Juli d. J. an der Pfarrkirche zu Ebenfurth ganz zerstört worden sind, 500 fl. D. W. beizutragen geruht. Ihre Majestät die Kaiserin Witte, Karolina Augusta, wird Anfang nächsten Monat von Salzburg hier eintreffen und über den Winter in Wien verweilen.

Das s. e. Kollegium Borromäum in Salzburg ist auch für gegenwärtiges Schuljahr durch die Gnade Ihrer Majestät der Kaiserin Karolina Augusta reichlich unterstützt worden. Ihre Majestät geruhten dem Institute die Summe von 3279 fl. gnädigst anzugeben, wodurch nahe an 40 Böblingen ganz oder zum größen Theile versorgt werden können.

Ihre k. k. Hoheiten der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ferdinand Marx und die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Charlotte sind am 19. d. M. 7½ Uhr von Prag nach Plotschkowitz abgereist.

Dem Universitäts-Professor Dr. M. v. Stubenrauch ist der ehrenvolle Ruf zu Theil geworden, Se. kais. Hoh. den Herrn Erzherzog Ludwig Viktor in die Kenntnis des positiven österreichischen Rechtes einzuführen.

Das Kapitel des Maria-Theresia-Ordens hat seine Sitzungen beendet; von 43 Bittstellern wurden 13 zur Aufnahme in den Orden angetragen, darunter ein Kommandeur F.M. v. Benedek; die Mehrzahl der 12 Ritter besteht aus Stabs- und Oberoffizieren.

Deutschland.

Der „Leipziger Stg.“ schreibt man aus Berlin über das Besinden Sr. Majestät des Königs von Preußen folgendes Nähere. Es hatte sich in der verflossenen Woche die Nachricht verbreitet, daß die Krankheit Sr. Majestät eine Wendung genommen habe, welche eine baldige gänzliche Auflösung erwarten lasse. Allein nun erfährt man, daß im Gegenthil wieder infofern eine Besserung in dem Besinden des hohen Leidenden stattgefunden hat, als in letzterer Zeit eine Krisis eingetreten ist, welche eine wohlthätige Ableitung des vorhandenen Krankheitsstoffes zur Folge gehabt haben soll. Es hat sich mithin eine Erleichterung bemerklich gemacht, welche zu der Hoffnung berechtigt, daß ein regelmäßiger chronischer Verlauf der Krankheit noch eine längere Lebensdauer möglich mache. Indess ist die beabsichtigte Umsiedlung des hohen Kranken von dem für den Winteraufenthalt keineswegs günstig gelegenen Sanssouci nach dem Potsdamer Stadtschloß so gut wie gänzlich aufgegeben. Denn die Aerzte glauben bei dem immerhin bedenklichen Zustande Sr. Majestät die Verantwortlichkeit für die offensären Gefahren, womit jene Ubersiedlung verknüpft sein würde, nicht übernehmen zu dürfen.

Der kgl. preuß. Gesandte am kais. österreichischen Hofe Freiherr von Werther ist am 18. d. von Berlin wieder nach Wien gereist.

Den ihm, welche diesen Lüsten dienten und ihn mehr zu niedern und rohen Vergnügungen herabzogen; der Ton der Gespräche, die Geschichten, mit denen man sein lässiges Wesen zu ermuntern, ihm ein Lachen abzunötigen suchte, waren von der Art, daß die Großherzogin, die sich selten zurückziehen konnte, gern des Deutschen unkundiger erschien, als sie es wirklich war. Sie hatte in dieser Weise täglich zu leiden, abzuwehren, zu sorgen, und mußte deutlich sehen, daß der unglückliche Gatte, jeder edleren Zuneigung stets unfähiger, dem geistigen und leiblichen Verderben unrettbar entgegenging. Ihr hoher Geist und reines Gemüth ließen sie aber nicht in Trauer versinken, ihre frische Natur war zu heiterer Fröhlichkeit bestimmt, und diese malte fogleich, wenn die Störung einen Augenblick nachließ; der Kampf, den sie zu führen hatte, schien nur ihr schönes Innere heller hervorzuheben. Stephanie war in der berühmten Anstalt der Frau von Campan erzogen worden, und die strengen Grundsätze und harmlosen Spiele der Pension schienen in ihr verbunden fortzuleben. Mit einer sanften und liebevollen Frömmigkeit, die dem katholischen Glauben zur Seite ging, vereinigte sie den schweren Ernst des Denkens und schaute keinen noch so schweren Flug in das Reich der Ideen, wohin sie auch die menschlichen Angelegenheiten aus niederer Befreitung stets zu erheben strebte. Dieses bei Frauen so seltene Talent des Denkens mischte sich auf das glücklichste zu ihren an-

Privation vom Amt, auf längere Freiheitsstrafe in einer hierzu bestimmten Anstalt oder auf größere Geldbußen lauten, sind der großherzoglichen Regierung einfach zur Kenntnisnahme mitzuteilen. Angemessene Aufklärungen sind ihr alsdann zu ertheilen, wenn zur Vollziehung kirchlicher Straferkenntnisse die Mitwirkung der weltlichen Gewalt verlangt wird. Gegen Laien, welche sich Uebertretungen kirchlicher Sanktionen zu Schulden kommen lassen, kann der Erzbischof die kirchlichen Censuren in Anwendung bringen. Der Verfehr des Erzbischofs, des Clerus und des Volkes mit dem päpstlichen Stuhl, sowie des Erzbischofs mit dem Clerus und dem Volk in kirchlichen Angelegenheiten ist frei; somit können erzbischöfliche Belehrungen und Erlasse, sowie solche des päpstlichen Stuhls und Actenstücke der Diözesansynode und des Provincialconcilis die von kirchlichen Angelegenheiten handeln, ohne vorgängige Einsicht und Genehmigung der großherzoglichen Regierung veröffentlicht werden. (Schluß folgt.)

In Hannover wurden von einer Anzahl Mitglieder des nationalen Vereins Erklärungen veröffentlicht, worin sie ihre Unterschriften zu der Erklärung vom 19. Juli für die Bundesreform und preußische Hegemonie nach gewonnener anderer Ueberzeugung zurücknehmen. Dagegen haben 38 Stände- und Gemeindevertreter des Landes Wursten sich neuerdings für das „nationale“ Programm vom 19. Juli erklärt.

Wegen verschiedener Angelegenheiten tritt am 17. d. der ständige Landtags-Ausschuss des Großherzogthums Oldenburg zusammen.

Der Landtag des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin ist auf den 16. November einberufen.

Der österreichische Bundes-Präsidialgesandte Frhr. von Kübeck ist am 18. d. M. von Wien in Frankfurt eingetroffen. Am 19. d. wird der Bischof von Mainz in der katholischen Kirche zu Offenbach die Ehe des (katholischen) Fürsten Carl von Löwenstein-Wertheim-Rochefort und der (evangelischen) Prinzessin Adelheid von Isenburg-Birstein eingezogen. Der Fürst ist bekanntlich der Schwager Dom Miguel's von Braganza und residirt in Klein-Heubach am Main; die Prinzessin ist die Nichte des regierenden Fürsten von Isenburg und die Cousine der Gräfin Buol-Schlossenstein.

Wie schon in anderen Staaten, so fängt man jetzt auch in Württemberg mit „Kundgebungen“ in Bezug auf die Kurhessische Verfassungs-Angelegenheit an. Sind es anderswo beliebige Versammlungen, so dort Mitglieder der Abgeordnetenkammer. Unter ihnen läuft eine Adress um an den ständischen Ausschuss, worin sie den Ausschuss als ihr stellvertretendes Organ erachten, „er wolle in Rücksicht darauf, daß das deutsche Volk jedes Bundesstaates in seinem verfassungsmäßigen Leben durch das in Kurhessen Geschehene bedroht sei, der Staatsregierung die Bitte vorlegen, daß dieselbe durch geeignete Instruction des königl. Gesandten am Bundestage ihren ganzen Einfluß zur sofortigen Wiederherstellung der rechtswidrig umgestürzten Verfassung vom 2. Januar 1831, wie sich dieselbe bis zum Jahre 1850 entwickelt hat, geltend mache.“

Niemand kann doch bezweifeln, daß wenn die Bundesversammlung wirklich den Wünschen der Demokratie nachgäbe und jetzt (statt an der Verfassung von 1852 das für notwendig befundene zu ändern, wozu sie vollständig berechtigt ist) die Verfassung von 1831 wieder herstellen, d. h. ihren eigenen einstimmigen Beschluß ohne irgend neue Gründe umstoßen wollte, — Niemand wird zweifeln, daß die Demokratie diesen ihren Sieg gründlich benutzen und den Bundestag aufzufordern würde, auch Anderes und schließlich sich selbst umzustoßen. Es wäre das ganz consequent, und an Consequenz fehlt es auf der Seite gewiß nicht. „Ob die Kurhessische Frage, meint die „N.P.Z.“ in der einen oder der andern Weise behandelt wird — mancher möchte das vielleicht lediglich als eine Formfrage betrachten. Und doch ist der Unterschied so wichtig, daß die ganze Zukunft des Bundes davon abhängt! Das wissen die Demokraten sehr gut: darum drängen sie so sehr. Hoffen wir, daß auch in der preußischen Diplomatie die Erkenntnis dieses Verhältnisses noch nicht ganz verschwunden ist.“

Die Ernennung des F.M. v. Paumgarten zum Vice-Gouverneur von Mainz, (auf die Zeit vom 23. October 1859 bis dahin 1864) deutet darauf hin, daß Fürst Windischgrätz nicht dauernd in Mainz residiren, sondern das Gouvernement nur vorzugsweise als einen Ehrenposten bekleiden wird, wie vor ihm Se. k. Hoh. der Prinz von Preußen und Se. k. Hoh. der Erzherzog Albrecht v. Österreich. Von preußischer Seite ist für den vorgenannten Zeitabschnitt bundesverfassungsmäßig der Commandant (General Prinz zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg) des Platzes Mainz gestellt. In der Local-Genie- und Local-Artillerie-Direction der Festung wird ein Personenwechsel voraussichtlich nicht Platz greifen, da erstere permanent

von Ligne nicht nach, aber unendlich verschieden war der Eindruck! Wenn man sich bei Ligne's heiterem Scherze wie auf weichem Moose geschaukelt fühlte, so obnte man bei Rostopchin den Boden von scharfem Stacheln besetzt, zwischen denen der Fuß vorsichtig zu setzen war. Ich glaube wirklich, daß ohne seine Rednergabe sein Wesen nur abstößend gewesen wäre, doch diese zog unwiderstehlich an. Es war ein Fest, ihm die scharfssinnigen, zum Theil höchst eigenthümlichen Wahrnehmungen, die er bei seinem Aufenthalt in Paris gemacht, nach seiner Weise in gelassener Erzählung und in springenden Bergleichen darstellen zu hören, Frankreich und Franzosen, Paris und die Pariser schienen seine ganze Vorstellungskraft ergriffen zu haben, und wie auch sein treffendes Urtheil sich unbefangen über diesen Gegenständen zu erhalten wußte, so sah man doch, wie sehr ihn diese Gegenstände mit Vorliebe erfüllten.

Seine Ansichten waren unbeschränkt, durch keine Uebereinkommnisse der Politik noch durch Wünsche des eigenen Herzens gestört. Er urtheilte frei, und sprach dreist aus, was er dachte. Daß die damalige Ordnung der Dinge beim ersten Anstoß in Frankreich zusammenfallen müsse, war ihm ein unzweifelhaftes Ergebnis aller seiner Beobachtungen. Mit unglaublicher Kühnheit besprach er insbesondere die russischen Verhältnisse, ja mit wahrer Bitterkeit, zum großen Kreuz des Grafen Goloskin, der noch allenfalls mitlachte,

in den Händen eines preußischen, letztere in denen eines österreichischen Offiziers ruht. Die Uebernahme der Gouvernements-Geschäfte der Bundesfestung Mainz von Seiten Österreichs wird am 29. d. M. nicht durch den Feldmarschall Fürsten zu Windischgrätz persönlich, sondern, nach Analogie früherer Fälle, durch dessen Substituten, den Vice-Gouverneur F.M. Frhr. v. Paumgarten bewerkstelligt werden.

Frankreich.

Paris, 17. Oct. Der „Moniteur“ enthält heute drei Ergebnis-Adressen aus Algerien, in denen die Generalräthe von Algier, Constantine und Oran dem Kaiser ihren Dank für den Frieden von Villafranca und für die sorgsame Pflege aussprechen, welche der afrikanischen Kolonie seitens Sr. Majestät zu Theil wird. Der „Moniteur“ veröffentlicht ferner die Konkurrenz-Aufforderung zu den zwölf im Mai nächsten Jahres stattfindenden landwirtschaftlichen Ausstellungen von Troyes, Vannes, Bordeaux, Long le Saulnier, Poitiers, Montpellier, Caen, Puy, Colmar, Amiens, Aurillac und Tarbes. — Das Zimmer im Versailler Schloss, in welchem Ludwig XIV. zu schlafen und seine kleinen Bevers zu halten pflegte, steht seit gestern den Besuchenden wieder offen, da seine Restauration beendet ist. Das Bett, von des Königs Kammerdiener Simon Delobel in einem Zeitraum von 12 Jahren verfertigt, galt als ein Wunderwerk seiner Zeit und hat Vorhänge, welche von den Fräulein von St. Cyr gesickt worden, während der Revolution aber nach Deutschland gerathen waren, von wo Louis Philippe sie wieder zurückgekauft hat. Die an dieses Schlafgemach stossenden Zimmer, die von Ludwig XVI. und Marie Antoinette bewohnt worden, werden seit einiger Zeit dem Publikum nicht mehr geöffnet. — Der in der Schlacht von Magenta gefallene Generalstabs-Offizier Denis de Senneville, dessen sterbliche Überreste nach Frankreich gebracht worden sind, wurde heute in Paris feierlich bestattet. — Die Regierung hat verfügt, daß die Meer-Algen (Seegras) künftig gesammelt und zu Kanonenprojekten für die Artillerie verwandt werden sollen, da dieses Material vor dem Berg den Vorzug hat, daß es beim Schuß nicht in Brand gerathet. — Prinz Napoleon und seine Gemahlin Prinzessin Clotilde werden Anfang November im Schlosse des Fürsten von Chimay zu Chimay in Belgien erwartet, wo große Jagden veranstaltet werden sollen. — Aus Algier wird gemeldet, daß die Regierung 10 Millionen zur Befestigung der Küste bestimmte und 1 Million auf die Befestigungen Bongia's und seines Hafens verwendet werden soll.

Das „Pays“ verkündigt die nahe Unterzeichnung des Friedens-Vertrages in folgender Note: „Im Augenblicke, wo man mit Ungebuß die vorgängige Lösung erwartet, welcher die Vereinigung eines europäischen Congresses folgen soll, veröffentlicht die „Morning-Post“ einen Artikel, welcher diese Hoffnungen in Zweifel zieht. — Wir glauben nicht, daß die mehr oder weniger richtigen Bemerkungen dieses Journals oder irgend eine andere Behauptung dieser Art Beachtung vertiente. Man versichert uns im Gegenteil, daß Frankreich, Österreich und Sardinien endlich über alle Punkte einig geworden sind und daß demzufolge die definitive Unterzeichnung des Friedensvertrages von einem Augenblicke zum andern erwartet werden darf.“

Das „Journal des Débats“, welches schon jüngst bei Besprechung der marokkanischen Frage sich in kritischer Bemerkung über die englische Politik erging und die These entwickelte, daß ein dauerndes Bündnis auf Gegenseitigkeit des Vertrauens und der Achtung zwischen Nationen begründet sein müsse, die mit Recht auf ihren Einfluß und ihre Würde gleich eifersüchtig seien, verfolgt heute diesen Ideengang weiter.

Belgien.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, ist vor einigen Tagen Louis Blanc, der in Folge der Amnestie eigentlich unbehindert nach Frankreich zurückkehren könnte, um die Erlaubnis eingetragen, zum Besuch einiger Freunde vierzehn Tage in Belgien sich aufzuhalten. Der Minister des Auswärtigen stand auf dem Punkte, diesen Wunsch zu gewähren, als er durch den Einspruch des Justizministers daran gehindert wurde. Der Bürgermeister von Brüssel, Ch. de Brouckere, dessen (wölfjähriges) Mandat mit dem Jahre zu Ende geht, beabsichtigt, seine Entlassung definitiv zu nehmen und dem öffentlichen Leben auf immer zu entsagen.

wenn jener im Zone eines erfahrenen Weisen versuchte, nirgends machen die Leute von Verdienst so sicher, ihr Glück als in England, hätten es die Weiber so gut wie in Frankreich, dagegengegen Russland das Paradies der Eume (des gueux) heißen müsse, weil es ihnen dort entschieden am besten ginge; aber es kamen andere Reden vor, welche anzuhören die amtliche Würde eines Gesandten schlechterdings nicht einwilligen konnte. Die ganze Würde ungezähmter Leidenschaft lag dann hinter dem Gitternetz der zugespülten französischen Redensarten, und lauerte auf deren Wirkung. Er fühlte sich von der Heimat, zu deren Rettung sein großer Entschluß wesentlich mitgewirkt, durch Undank und Kränkung ausgeschieden, und hätte seine jetzigen Feinde nicht ungern ebenso durchgreifend und furchtbar treffen mögen, als er damals die Franzosen getroffen hatte. Es war gefährlich, ihn diese Vorstellungen ungestört verfolgen zu lassen, er schien sich dann kaum noch zu beherrschen, sein Gesicht bekam einen schrecklichen Ausdruck, und um ihm her war alles in peinlicher Verstimmung. Doch glaubte ich trock dieser Ausdrücke noch Spuren weichen Gefühls in ihm zu entdecken, und ich mußte ihm, wie früher mit Ligne, nun auch mit Wilhelm v. Humboldt eine gewisse Ähnlichkeit zuschreiben, dieselbe scheintbare Kälte, unter welcher sich denn doch die Wärme der Empfindung nicht ganz verdecken kann, dieselbe scharfe Kälte, nämlich die

Amtsblatt.

ad Nr. 29.382. Kundmachung.

Das hohe k. k. Ministerium des Innern ist mit dem hohen k. k. Armee-Oberkommando übereingekommen, daß für die Heeres-Ergänzung des Jahres 1860 ausnahmsweise der Zeitpunkt zur Anmeldung des Erlasses der Taxe bis zu dem laut §. 30 lit. c. des Amts-Unterrichtes zum Heeres-Ergänzungsgesche von den k. k. Bezirksbehörden zur Einbringung der Befreiungsgefechte bestimmten Termine ausgedehnt und die k. k. Bezirksbehörden zur Bewilligung der Annahme derselben ermächtigt werden.

Was hiemit im Grunde Erslasses des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 3. October 1859 §. 23.551 mit Beziehung auf die Kundmachung der Krakauer Landes-Regierung vom 17. December 1858 §. 36.403 zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Bon der k. k. Landes-Regierung.
Krakau, am 16. October 1859. (949.1—2)

3. 1349. Amortisations-Edict. (931.2—3)

Vom k. k. Bezirksamte zu Sokołów als Gerichte wird in Folge Einschreitens des Hrn. Ferdinand Miszkiewicz um Amortisierung eines Erlagscheines, welcher über das bei der ehemaligen Kameraherrschaft Brzostek aus Anlaß der Bauunternehmung des Wirthshauses auf dem Religionsfondsgüte Nieplaw erlegte Badium pr. 36 fl. EM. ausgefolgt wurde und in Verlust gerathenem Erlagscheines aufgesfordert, seine Rechte hierauf binnen einem Jahre umso gewisser bei diesem k. k. Bezirksamte als Gericht anzugeben, widrigs dieses Certifikat für nichtig und die rechtliche Wirkung derselben gegen den Aussteller für erloschen erklärt, werden würde.

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht.
Sokołów, den 5. October 1859.

3. 13899. Kundmachung. (925.3)

Von Seite der Wadowicer k. k. Kreisbehörde wird hiemit allgemein bekannt gemacht, daß zur Verpachtung nachstehender Kenty städtischen Realitäten, u. s.:

1. Des Wirthshauses Handzlikowka genannt unter Nr. 449 samt Dachstand und 15 Joch 906 □ Alfr. Gründen.

2. Des Wirthshauses unter Nr. 473 samt 30 Joch 1240 □ Alfr. Gründen.

3. Der Grundstück Staw górný im Flächenmaße von 7 Joch 475 □ Alfr.

4. Der Grundstück Staw średni im Flächenmaße von 7 Joch 990 □ Alfr.

5. Der Grundstück Staw dolny im Flächenmaße von 5 Joch 862 □ Alfr. auf die Dauer vom 1. November 1859 bis letzten October 1865 am 24ten October 1859 um 9 Uhr Vormittags in die Kenty Magistratsanzei einer öffentlichen Licitationsverhandlung stattfinden wird.

Der Fiscalpreis beträgt:

ad 1. 262 fl. 50 kr. öst. W.
" 2. 325 fl. 50 kr. "
" 3. 142 fl. 80 kr. "
" 4. 99 fl. 75 kr. "
" 5. 78 fl. 49 kr. "

wovon 10% als Badium vor der Licitation zu erlegen sein werden.

Uebrigens werden auch schriftliche Offerten angenommen werden welche jedoch mit dem Badium belegt, daß das Pachtobjekt und die Pachtzeit genau bezeichnet, dann für ein Jahr angeboten Pachtzins mit Ziffern und Buchstaben endlich auch die Erklärung, daß der Offerent alle Licitationsbedingungen ohne Ausnahme und Beschränkung sich unterziehe; ausdrücklich enthalten und mit dem Vor- und Zusamen und dem Wohnort des Offerenten unterzeichnet seim und der Verhandlungscommission vor Beginn der mündlichen Licitation überreicht werden müssen.

Bon der k. k. Kreisbehörde.
Wadowice, am 11. October 1859.

N. 2822. Edict. (933.3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht in Bochnia wird hiemit kundgemacht, daß zur Veräußerung der in Bochnia sub NC. 366/449 und 568/368 bestehenden Realitäten der Wilhelmine Królikowska Erben und Hrn. Joseph Lauschka gehörige befreite Behebung des Mittelguthumes im Wege der Röflektion, bei einer einzigen Tagfahrt auf den 25. November d. J. um 9 Uhr Vormittags bestimmt, werden veräußert werden. Der Ausufspris betragt 2730 fl. öst. Währ. und das bei der Versteigerungsfahrt zu erlegenden Badium 273 fl. öst. Währ. Diese Realitäten bestehen in einem Hause, Stalle und Schopfen, alles aus weichen Materialien erbaut und einem großen Garten und liegen in der Vorstadt an der k. k. Commerzialstraße. Siele werden, falls der Ausufspris oder mehr Niemand bieten wollte, auch unter demselben um jeden Preis zugeschlagen.

Bon der k. k. Bezirksamte als Gericht.

Bochnia, am 1. October 1859.

N. 22902. Kundmachung. (936.3)

Bei der am 1ten August l. J. in Folge des a. b. Patentes vom 21. März 1818 vorgenommenen 307ten und 308ten (99ten Ergänzung) Verlosung, sind die Serien-Nr. 60 und Nr. 308 gezogen worden.

In der Serie Nr. 60 sind enthalten: Banco-Obligationen zu 5% von Nr. 51,260 bis incl. 51,917 im Capitalsbetrage von 978,281 fl. und im Zinsenbetrage von 24,455 fl. 48½ kr.; dann die nachträglich einget

reichten 4% Domestikal-Obligationen der Stände von Österreich ob der Eins von Nr. 2497 bis incl. 2815 im Capitalsbetrage von 39,590 fl. mit dem Zinsenbetrag von 791 fl. 12 kr., in der gesamten Capitalsumme von 1.017,791 fl. und im Zinsenbetrag, nach dem herabgesetzten Füsse, von 25,246 fl. 58½ kr.

Die Serie 308, enthält Obligationen des vom Hause Goll aufgenommenen Anlehns zu 4% und zwar litt. G. von Nr. 1001 bis 1200 und litt. D. von Nr. 564 bis 1983 im Capitalsbetrage von 1.247,200 fl. und im Zinsenbetrag nach dem herabgesetzten Füsse von 24,944 fl.

Diese Obligationen, werden nach den Bestimmungen des Allerhöchsten Patentes vom 21. März 1818 gegen neue, zu dem ursprünglichen Zinsfuß in EMZ, verzinsliche Staatschuldverschreibungen umgewandelt werden. Für jene Obligationen, welche nach dieser Umwechselung zu 5% verzinst werden, erhält der Gläubiger nach dem, mit der Kundmachung des Finanz-Ministeriums vom 26. October 1858 §. 5286/F. M. (R. G. Blatt Stück XLVII. Nr. 190) veröffentlichten Umstellungsmaßstäbe auf österreichische Währung lautende 5%

Obligationen.

Auch für Obligationen, welche in Folge der Verlösung, auf den ursprünglichen, aber 5% nicht erreichen den Zinsfuß erhöht werden, erhält der Gläubiger auf Verlangen, nach Maßgabe der in der oben erwähnten Kundmachung enthaltenen Bestimmungen, 5%ige, auf österr. Währ. lautende Obligationen.

Bon der k. k. Landes-Regierung.

Krakau, am 15. October 1859.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 1. August 1859.

Abgang von Krakau

Nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachmittags.

Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.

Nach Myslowitz (Breslau) 7 Uhr Früh.

Nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen 9 Uhr 45 Min.

nunten Vormittags.

Nach Rzeszów 5 Uhr 40 Minuten Früh, 10 Uhr 30 Minuten

Vormittags.

Nach Wieliczka 7 Uhr 15 Minuten Früh.

Nach Krakau 7 Uhr Morgens 8 Uhr 30 Minuten Abends.

Abgang von Ostrau

Nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

Abgang von Myslowitz

Nach Krakau 1 Uhr 15 Min. Nachm.

Abgang von Szezakowa

Nach Granica 10 Uhr 15 Min. Vorm. 7 Uhr 55 Min. Abend.

Nach Myslowitz 1 Uhr 45 Minuten Mittags.

Nach Tczew 7 Uhr 23 Min. Morg. 2 Uhr 33 Min. Nachm.

Abgang von Granica

Nach Szezakowa 6 Uhr 30 Min. Früh, 9 Uhr Vorm. 2 Uhr 6 Min. Nachmittags.

Ankunft in Krakau

Von Wien 9 Uhr 45 Min. Vorm. 7 Uhr 45 Min. Abends

Von Myslowitz (Breslau) und Granica (Warschau) 9 Uhr

45 Min. Vorm. und 5 Uhr 27 Min. Abends.

Von Ostrau und über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abend.

Aus Rzeszów 3 Uhr Nachm. 9 Uhr 45 Minuten Abends.

Aus Wieliczka 6 Uhr 45 Minuten Abends.

Ankunft in Rzeszów

Von Krakau 12 Uhr 10 Minuten Mittags, 3 Uhr 10 Minuten Nachmittags.

Abgang von Rzeszów

Nach Krakau 10 Uhr 20 Minuten Vormittags, 3 Uhr 10 Minuten Nachmittags.

N. 22200. Concurs-Kundmachung. (937. 2—3)

Im Bereiche der k. k. Finanz-Landes-Direktion in Krakau ist eine Amtsofficialsstelle in der XI. Dienstklasse mit dem Gehalte jährlicher 630 fl. eventuel 525 fl. 472 fl. 50 kr. oder 420 fl. und der Verbindlichkeit zur Leistung der Caution im einjährigen Gehaltsbetrage zu befreien.

Bewerber haben ihre Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionskenntnisses, der zurückgelegten Studien der Prüfung aus der Staatsrechnungswissenschaft oder Waarenkunde, der Verwendung des Wohlverhaltens der Kenntnis der polnischen oder einer verwandten slavischen Sprache, der Cautionsfähigkeit, endlich unter Angabe, ob und in welchem Grade der Bewerber mit Finanzbeamten in Krakauer Verwaltungsbereichen verwandt oder verschwägert ist im Dienstweg bis 10. November 1859 bei der Krakauer Finanz-Landes-Direktion einzubringen.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direktion.
Krakau, am 12. October 1859.

N. 15086. Edict. (939. 1—3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird hiemit öffentlich bekannt gemacht, daß mit dem heutigen zur 3. 15086 gefassten Beschlüsse Stanislaus Kuderski, Sohn nach dem am 28. October 1858, zu Krakau verstorbenen Johann Kuderski, wegen Blödsinns unter Curatel gesetzt und für denselben Hr. Napoleon Brzeszczynski zum Curator bestellt wurde. Krakau, 12. Oct. 1859.

3. 1303. Edict. (943. 1—3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht wird dem neunjährigen und seit mehr als 10 Jahren abwesenden Martin Sassak aus Jastrząbka nowa mit diesem Edict bekannt gemacht, daß über Ansuchen seines Sohnes Walbert Sassak um dessen Todeserklärung, für ihn Andreas Koziol aus Jastrząbka nowa auf seine Fahrt und Kosten zum Curator bestellt wird, Martin Sassak aber durch dieses, auf ein ganzes Jahr gestelltes Edict mit dem Beiseile vorgedacht, daß das Gericht, wenn er während der Zeit nicht erscheint, oder das Gericht auf eine andere Art in die Kenntnis seines Lebens fest, zur Todeserklärung schreiten werde.

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte.

Pilsno, am 11. August 1859.

Wiener-Börse-Bericht

vom 20. October.
Öffentliche Schuldt.
A. Des Staates.

	Geld	Maaß
In Ost. B. zu 5% für 100 fl.	68.75	69.
Aus dem National-Antelen zu 5% für 100 fl.	77.60	77.70
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.		
Metalliques zu 5% für 100 fl.	71.90	72.
ditto, " 4½% für 100 fl.	64.50	64.75
mit Verlosung v. 3. 1834 für 100 fl.	330.—	335.
" 1839 für 100 fl.	117.—	117.50
" 1854 für 100 fl.	109.50	109.75
Como-Stentenscheine zu 42 L. austr.	15.50	16.—

B. Der Ausländer.

Grundrenten-Antelnen.

von Nied. Wester. zu 5% für 100 fl.	91.—	92.
von Ungarn. zu 5% für 100 fl.	72.50	73.—
von Temer. Banat, Kroati. und Slavonien zu 5% für 100 fl.		

5% für 100 fl.

von Galizien. zu 5% für 100 fl.

von der Buzowina zu 5% für 100 fl.

von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.

von an. Krone. zu 5% für 100 fl. mit der Verlosungsklausel 1867 zu 5% für 100 fl.

100 fl. pr. St. 71.— 71.50

200 fl. österr. W. o. D. v. St. 72.50 72.75

der nieder-öster. Compte-Gesellsch. zu 500 fl. 69.— 69.50

der Kaiser-Ferd. Nordbahn 1000 fl. GM. v. St. 1822—1824.

der Staats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. GM. mit 500 fl. pr. St. 262—263

der Kaiser-Franz-Joseph-Orientbahn zu 200 fl